

Aktuelles Stichwort: Brexit: Ein Spiel ohne Gewinner

26. Februar 2016: Der Europäische Rat hat sich am 19. Februar über die weitere Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich (UK) verständigt. Nun kommt es darauf an, dass die Bürger in dem Referendum für den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union stimmen.

Ausgangssituation

Vor dem Hintergrund der intensiven „Brexit-Debatte“ in UK, verbunden mit einer ausgeprägten antieuropäischen Stimmung der Briten, hat der Premierminister David Cameron die Vertreter der Europäischen Union, um ein stärkeres Entgegenkommen bzgl. der britischen Forderungen gebeten. Dadurch soll das Lager der proeuropäischen Seite in UK im Hinblick auf das anstehende Referendum gestärkt werden.

Die Ergebnisse des Europäischen Rates 18./19. Februar 2016

Der Europäische Rat hat im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung folgende Einigung erzielt:

- Natürliche oder juristische Personen aus Nicht-Euro-Ländern dürfen gegenüber denen aus Ländern der Eurozone nicht diskriminiert werden.
- Das einheitliche Regelwerk (Single Rulebook) ist EU-einheitlich anzuwenden, um ein Level Playing Field zu gewährleisten. Allerdings sind innerhalb dieses Rahmens „besondere Bestimmungen“ möglich.
- Die Gesetze zur Bankenunion gelten nur in der Eurozone. Länder außerhalb haften auch nicht für Rettungsaktionen dieser Länder.

Zudem wurde unter der Überschrift „Wettbewerbsfähigkeit“ festgehalten, dass die EU Maßnahmen für eine „bessere Rechtsetzung“ und Bürokratieabbau ergreifen wird. Nach der Ratssitzung hat Premierminister Cameron bekannt gegeben, dass das Referendum über den Verbleib in der EU am 23. Juni 2016 stattfinden wird.

Wirtschaftspolitische Sicht

Die Einigung des Europäischen Rates mit UK kann neue Impulse für eine dynamischere Europäische Union setzen. Ein Austritt dagegen würde die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur in UK, sondern in ganz Europa verschlechtern. Auch wenn die ökonomischen Kosten für UK wohl besonders hoch wären, würde es in Europa keine Gewinner geben. Das gilt auch für die Finanzindustrie, die dringend auf eine enge Einbindung des Finanzplatzes London in die europäischen Regelwerke angewiesen ist. Auch wäre zu befürchten, dass vom Austritt weitere Impulse für eine Desintegration der EU ausgehen könnten. Ein Zerfall der EU wäre jedoch für alle Staaten die schlechteste Lösung.

Position des Bankenverbandes

Der Bankenverband setzt sich nachdrücklich für einen Verbleib UK's in der EU ein. Auch wenn dem Land ein politischer Sonderstatus ohne weitere Integrationsverpflichtung zugebilligt wurde, dürfen die Grundprinzipien des Binnenmarktes nicht außer Acht gelassen werden. Dazu zählt ein Level Playing Field für den europäischen Finanzmarkt. Zwar ermöglicht der Beschluss „besondere Bestimmungen“ im Rahmen des Regelwerks. Diese dürfen aber nicht dazu führen, dass der Binnenmarkt geschwächt wird.

Kontakt:

Dr. Markus Kirchner
Leiter Verbindungsbüro Berlin
markus.kirchner@bdb.de

Schlagwörter:

Brexit